



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 54. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Juni 2019, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Veräußerung der Liegenschaft in Bad Schwartau, Markt 1 (ehemaliges Amtsgericht)	5
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 19/2468	
2.	Sachstandsbericht KoPers	6
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019)	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1502	
4.	Terminplanung 2020	8
5.	Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens	9
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/734	
	Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten	9
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/791	

6.	Information/Kenntnisnahme	10
	Umdruck 19/2463 - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung	
	Umdruck 19/2466 - Kooperationsvereinbarung EKUS Spezialeinheiten	
	Umdruck 19/2471 - Denkmalrat	
	Umdruck 19/2492 - Kooperationsvereinbarung Website Ausbildung Seeschifffahrt	
	Umdruck 19/2499 - Ausbau Kinderbetreuungsplätze Umdruck 19/2530 - Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention	
	Umdruck 19/2533 - Organisationsuntersuchungen Landesverwaltung	
	Umdruck 19/2566 - Verwaltungsvereinbarung über Aufbau und Betrieb eines Kompetenzzentrums für Ankunft, Verteilung und Rückkehr	10
7.	Verschiedenes	12
8.	a) hsh portfoliomanagement AöR	13
	b) hsh finanzfonds AöR	13
	c) hsh beteiligungs management GmbH	13
	•	
9.	Wirtschaftliche Situation des UKSH	14

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Einstimmig beschließt der Ausschuss gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO, [Umdruck 19/2470](#), [Umdruck 19/2516](#) (beide hsh portfoliomanagement AöR), [Umdruck 19/2473](#) und [Umdruck 19/2559](#) (beide UKSH) vertraulich zu behandeln und geheim zu halten. Der Vorsitzende rügt, dass die Niederschrift über die vertrauliche Ausschusssitzung am 25. April 2019 zur wirtschaftlichen Situation des UKSH der Presse zugespielt worden sei, und macht darauf aufmerksam, dass man sich durch die Weitergabe vertraulicher Informationen strafbar mache.

1. Veräußerung der Liegenschaft in Bad Schwartau, Markt 1 (ehemaliges Amtsgericht)

Vorlage des Finanzministeriums
[Umdruck 19/2468](#)

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem Verkauf der Liegenschaft zu einem Kaufpreis in Höhe von 630.000 € zu.

2. Sachstandsbericht KoPers

[Umdrucke 19/2467, 19/2534](#)

Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider führt in den Bericht [Umdruck 19/2534](#) ein. Der Finanzausschuss greift ihre Anregung auf, sich durch einen Besuch beim Landespolizeiamt ein Bild davon zu machen, wie das System KoPers integriert in der Praxis funktioniert.

Auf Nachfrage von Abg. Raudies bekräftigt die Staatssekretärin, Hamburg trage sich mit dem Gedanken, die Software abzunehmen; das werde keine Mehrkosten für Schleswig-Holstein mit sich bringen. Schleswig-Holstein werde die Software erst dann abnehmen, wenn sie tatsächlich laufe, die erforderlichen Nachbesserungen erfolgt seien und man eine Abnahme für richtig halte.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer teilt Herr Stöcker von der Stabsstelle DLZP/KoPers im Finanzministerium mit, durch die Datenschutzgrundverordnung werde das Datenschutzaudit durch ein Zertifizierungsverfahren ersetzt. Sobald bundesweit verbindliche Kriterien entwickelt worden seien, werde das ULD das Projekt nach den neuen Zertifizierungskriterien überprüfen.

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 19/2467](#) und 19/2534 zur Kenntnis.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1502](#)

Staatssekretärin Dr. Schneider führt in den Nachtragshaushalt ein, der notwendige Mehrbedarfe in den Bereichen Landwirtschaft und Digitalisierung ausgabenneutral finanziere.

Abg. Harms fragt die Landesregierung, warum und wo im Nachtragshaushalt zusätzliche Entschädigungen für Nutztierhalter zu finden seien, was ein Herdenschutzpaket beinhalte und koste, welche Landesteile Wolfspräventionsgebiete seien, und bittet darum, den Unterschied zwischen Präventionsmaßnahmen und Herdenschutzpaketen zu erläutern.

Abg. Raudies fragt, wie die Landesregierung damit umgehe, wenn Haushaltskonsolidierungskommunen den Eigenanteil zum Digitalpakt nicht aufbringen könnten und warum die für die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes erforderlichen Haushaltsmittel nicht bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden seien.

Die Beratungen sollen am 19. Juni, 9 Uhr, fortgesetzt und mit einer Beschlussempfehlung an den Landtag abgeschlossen werden.

4. Terminplanung 2020

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Sitzungstermine 2020, [Umdruck 19/2569](#).

5. Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/734](#)

Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/791](#)

(überwiesen am 14. Juni)

hierzu: [Umdrucke 19/1396](#), [19/1480](#), [19/2532](#)

Finanzstaatssekretär Philipp führt in [Umdruck 19/2532](#) ein.

Der Finanzausschuss bekräftigt das Anliegen, die Steuererklärung für Menschen mit Einkünften aus Renten, Versorgung oder nicht selbstständiger Arbeit, deren Daten den Finanzämtern elektronisch vorlägen und die keine anderen Steuertatbestände geltend machten, so unbürokratisch wie möglich zu machen.

Abg. Raudies findet es „schade“, dass sich Schleswig-Holstein an der Pilotierung des neuen Steuervordrucks nicht beteilige, sondern deren Ergebnisse abwarte.

Staatssekretär Philipp bekennt sich zu der Zielsetzung, die Steuererklärung unbürokratischer zu machen. Dies sollte allerdings möglichst bundeseinheitlich und ohne Medienbrüche geschehen. Dazu sei es sinnvoll, die Ergebnisse der länderoffenen Arbeitsgruppe zur Vereinfachung der Veranlagung von Alterseinkünften abzuwarten, die im Oktober 2019 erwartet würden.

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 19/2532](#) zur Kenntnis und fasst ins Auge, die Beratungen Anfang November 2019 fortzusetzen.

6. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/2463](#) - Ergebnis der Mai-Steuerschätzung

[Umdruck 19/2466](#) - Kooperationsvereinbarung EKUS Spezialeinheiten

[Umdruck 19/2471](#) - Denkmalrat

[Umdruck 19/2492](#) - Kooperationsvereinbarung Website Ausbildung Seeschifffahrt

[Umdruck 19/2499](#) - Ausbau Kinderbetreuungsplätze

[Umdruck 19/2530](#) - Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention

[Umdruck 19/2533](#) - Organisationsuntersuchungen Landesverwaltung

[Umdruck 19/2566](#) - Verwaltungsvereinbarung über Aufbau und Betrieb eines Kompetenzzentrums für Ankunft, Verteilung und Rückkehr

Auf Fragen von Abg. Raudies zu [Umdruck 19/2530](#) (Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention) antwortet Herr Küßner, Leiter der Stabsstelle Gesamtkoordination UN-Behindertenrechtskonvention, die Umsetzung des Landesaktionsplans 2017 werde sowohl von der Staatskanzlei als auch von der Prognos AG evaluiert (Kosten 80.000 €). Auf der Grundlage des Berichts von Prognos, der bis Anfang Dezember 2019 vorliegen solle, wolle man gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung einen neuen Aktionsplan 2.0 erstellen. Es sei geplant, den neuen Landesaktionsplan 2.0 Anfang 2022 zu veröffentlichen und dem Landtag zuzuleiten. Man versuche, möglichst konkrete und messbare Maßnahmen in den Plan aufzunehmen. Die Richtlinie zum Fonds für Barrierefreiheit sei am 1. Februar 2019 in Kraft getreten. Man sei dabei, die eingegangenen 96 Förderanträge zu bearbeiten; die Frist zur Antragstellung ende in den nächsten beiden Förderperioden jeweils am 1. April.

Herr Scharbach, Leiter der Abteilung Integration und Zuwanderung im Innenministerium, führt in [Umdruck 19/2566](#) ein (Tischvorlage, Verwaltungsvereinbarung über Aufbau und Betrieb eines Kompetenzzentrums für Ankunft, Verteilung und Rückkehr).

Abg. Harms fragt zu § 4 Absatz 5 des Entwurfs der Verwaltungsvereinbarung, ob das Land die Federführung bei der Frage habe, wer rückgeführt werde. Zu Absatz 7 möchte er wissen, inwieweit beabsichtigt sei, dass die BlmA Land und Kommunen Liegenschaften zu günstigeren Konditionen überlassen könne.

Herr Scharbach erwidert, zu den Dublin-Flüchtlingen werde die Innenministerkonferenz möglicherweise Änderungen beschließen. Die Innenminister der Länder würden auch den Grundsatz bekräftigen, dass die Flugbegleitung von Flüchtlingen Aufgabe der Bundespolizei

sei. Grundsätzlich habe die Landesunterkunft bei ausreisepflichtigen Personen die Federführung. Die Frage zu Absatz 7 werde das Innenministerium schriftlich beantworten.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet am 19. Juni 2019, 9 Uhr, statt.

8. a) hsh portfoliomanagement AöR

- Jahresabschluss 2018 ([Umdruck 19/2500](#))
- ergänzende Informationen zum 3. Quartal 2018 ([Umdruck 19/2470](#))
- Anstaltsbericht zum 4. Quartal 2018 (vertraulicher [Umdruck 19/2516](#))
- Anstaltsbericht zum 1. Quartal 2019

b) hsh finanzfonds AöR

- Jahresabschluss 2018 ([Umdruck 19/2500](#))
- 39. Bericht über die Angelegenheiten der hsh finanzfonds AöR per 31. Dezember 2018 (vertraulicher [Umdruck 19/2516](#))
- 40. Bericht über die Angelegenheiten der hsh finanzfonds AöR per 31. März 2019

c) hsh beteiligungs management GmbH

- Jahresabschluss 2018 ([Umdruck 19/2500](#))

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, dass Angelegenheiten der HSH-Anstalten zukünftig wieder im Beteiligungsausschuss und nicht mehr im Finanzausschuss beraten werden.

Herr Dr. Witte stellt die Jahresabschlüsse 2018 der hsh portfoliomanagement AöR und hsh finanzfonds AöR vor, Herr Thies-Behr den Jahresabschluss 2018 der hsh beteiligungs management GmbH ([Umdruck 19/2500](#)). Die weiteren Beratungen finden in vertraulicher Sitzung statt.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:00 Uhr.

9. Wirtschaftliche Situation des UKSH

Die Tagesordnung wird um diesen Punkt erweitert; dieser Tagesordnungspunkt wird vor Tagesordnungspunkt 8 behandelt.

Staatssekretär Philipp teilt mit, die Landesregierung sei dabei, die Antworten des UKSH auszuwerten, und hoffe, dem Finanzausschuss, dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss in der gemeinsamen Sitzung am 27. Juni 2019, in der auch der UKSH-Vorstand anwesend sein solle, neue Erkenntnisse liefern zu können.

Am 28. Mai 2019 habe die Landesregierung beschlossen, dass künftig die Staatssekretäre des Finanzministeriums, des Wissenschaftsministeriums und des Sozialministeriums dem Aufsichtsrat und die jeweiligen Abteilungsleiter der Gewährträgerversammlung angehörten. Außerdem würden zwei Mitglieder des Aufsichtsrats durch Personen ersetzt, die bundesweit über eine hohe Reputation im Krankenhaussektor verfügten. Ein neuer Wirtschaftsausschuss solle in regelmäßigem Dialog mit dem UKSH-Vorstand stehen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer